



von Helmut Markwort

Der Missbrauch von Kindergeld darf nicht von der EU geduldet werden

Montag

Die SPD-Spitze in Berlin sollte sich bei ihren Oberbürgermeistern im Ruhrgebiet bedanken. Sie haben den Mut, ein Tabu zu brechen. Aus Erfahrung sprechen sie offen über Sozialbetrug mit Kindergeld. Ohne die selbstbewussten Oberbürgermeister Sören Link (Duisburg) und Frank Baranowski (Gelsenkirchen) hätte die Öffentlichkeit nicht erfahren, dass Kindergeld in Millionenhöhe auf fragwürdige Weise in europäische Nachbarländer überwiesen wird.

Die beiden Sozialdemokraten äußern den Verdacht, dass Schlepperbanden aus Bulgarien und Rumänien systematisch die deutschen Sozialkassen plündern. Sie lotsen arme Familien, darunter viele Sinti und Roma, in westdeutsche Großstädte mit dem Ziel, Sozialleistungen und vor allem Kindergeld zu kassieren. Die Rechnung ist höchst rentabel. Der bulgarische Staat zahlt pro Kind rund 20 Euro im Monat, Deutschland überweist 194. Das ist für dortige Verhältnisse ein Segen.



Frontmann Der Duisburger Oberbürgermeister Sören Link kämpft gegen Kindergeldbetrüger

An dem Missbrauch sind zwei Dinge ärgerlich: einmal die Betrugsfälle, aber auch die grundsätzliche Ungerechtigkeit. Die Machenschaften der Schlepperbanden werden jetzt endlich verfolgt.

Die Bundesagentur für Arbeit ist gefälschten ausländischen Geburtsurkunden auf der Spur und muss feststellen, dass viele Kinder, auf deren Namen Geld überwiesen wurde, gar nicht existieren. Schlepper machen Profit mit den Eltern, die sie nach Deutschland schleusen.

Wir können nur hoffen, dass die verschiedenen Behörden bei der Aufklärung sinnvoll zusammenarbeiten.

Neben der Kriminalität muss aber auch das grundsätzliche Problem gelöst werden: Legal gezahltes Kindergeld sollte an die Lebenshaltungskosten im Heimatland angepasst werden. In diesem Punkt spielt die SPD falsch.

Parteichefin Andrea Nahles verweist nach Brüssel. Wie so oft wird die Abhängigkeit von der Kommission deutlich: Das Problem könne nur auf EU-Ebene gelöst werden. Aber die Kommission rührt sich nicht, und die SPD im Europaparlament blockiert eine Anpassung.

Die Bundesregierung darf nicht immer ängstlich nach Brüssel starren. Das Problem Kindergeld in Nachbarländer trifft vor allem Deutschland, deshalb muss Berlin einen Alleingang wagen.

Dienstag

Auch deutsche Parteien bröseln und bröckeln. Noch ist die Zersplitterung nicht so krass wie bei den Nachbarn, aber die ersten Symptome sind erkennbar. Die SPD schrumpft vor sich hin, und Einzelkämpfer schlagen die Trommel für neue Bataillone. Ein demokratischer Auf-



Abweichter CSU-Mann Bloch und Linke-Frau Wagenknecht sammeln Anhänger

rührer wie der Franzose Macron und ein Revoluzzer-Clown wie der Italiener Grillo sind nicht sichtbar, aber die strenge Sahara Wagenknecht fühlt sich berufen.

Ihre Bewegung „Aufstehen“ muss Linke, Grüne und SPD gleichermaßen irritieren. Und auch die AfD. Sinnvoll ist nur, wenn sie aus ihren Tausenden Sympathisanten eine Organisation formt, die zu Wahlen antritt. Sogar in den bisher unerschütterten Parteien CDU und CSU melden sich Widerstandsbewegungen aus der eigenen Truppe. Die „WerteUnion“ mit einem Anführer aus Baden-Württemberg wehrt sich gegen den Merkel-Kurs und sammelt Anhänger vom rechten Flügel.

Fast gleichzeitig hat das Münchner CSU-Mitglied Stephan Bloch die „Union der Mitte“ gegründet, die mitten im Land von Seehofer und Söder den Kurs der Kanzlerin stützt.

Auf seiner Homepage melden sich Sympathisanten aus dem ganzen Bundesgebiet, sogar Minister der CDU. Die CSU schrieb ihm, er dürfe die Unterstützer nicht Mitglieder nennen.

Das kann sie nicht mehr verbieten, falls die CDU in Bayern einen Landesverband gründet.